Stellungnahme zu den Prüfberichten Verwaltungsprüfung Teil 1 und Technische Prüfung Teil 2 des Fachdienstes Rechnungsprüfung des Landkreises Börde über die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2012 der Verbandsgemeinde Elbe-Heide gemäß § 120 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA)

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Börde hat in der Zeit vom 27.11.2013 bis 16.01.2014 für die Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2012 die **Verwaltungsprüfung (Teil 1)** und im Zeitraum vom 05.03. bis 10.03.2015 (mit Unterbrechungen) die **Technische Prüfung (Teil 2)** vorgenommen.

Die hierzu erstellten Prüfberichte lagen mit Datum vom 03.02.2014 sowie 27.04.2015 vor.

Anmerkung:

Während des Prüfungszeitraumes vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012 wurde die Verbandsgemeinde Elbe-Heide durch den Verbandsgemeindebürgermeister, Herrn Thomas Schmette, vertreten. Im Rahmen seiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter sind die vom Rechnungsprüfungsamt getroffenen Feststellungen durch ihn im jeweils betreffenden Zeitraum zu verantworten.

Die vorliegende Stellungnahme bezieht sich im Wesentlichen auf Prüfbemerkungen (**Kennzeichnung durch fett gedruckte Textpassagen**) zu denen lt. Prüfbericht des RPA vor dem Verbandsgemeinderat Stellung genommen werden sollte.

Teil 1: Verwaltungsprüfung 2012

Abwicklung des Vorjahres (Seite 5)

Auf Seite 5 des Prüfberichtes wird beanstandet, dass zum Prüfungszeitraum November 2013 bisher keine Entlastung der Haushaltsjahre 2007 bis 2011 erfolgte.

Mit Datum vom 28.04.2014 erfolgten die Beschlussfassungen über die Vollständigkeit und Richtigkeit sowie die Entlastung des Verbandsgemeindebürgermeisters für die Haushaltsjahre 2007-2009 sowie 2010 und 2011 durch den Verbandsgemeinderat Elbe-Heide. Den gesetzlichen Vorschriften wurde somit Rechnung getragen.

Rechnungsergebnis (Seite 7)

Im Rahmen der Prüfung bezüglich des Rechnungsergebnisses des Verwaltungshaushaltes 2012 wurde durch die Rechnungsprüferin ein Soll-Fehlbetrag i.H.v. 602.708,96 € festgestellt. Dieser Fehlbetrag resultiert ursächlich aus einem damals anhängigen Gerichtsverfahren beim Obergericht Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Mitgliedschaft in Unterhaltungsverbänden.

Das Gericht entschied durch Urteil vom 25.04.2012 (AZ.: 2 L 55/11), dass die gemeindliche Mitgliedschaft in den Unterhaltungsverbänden nach § 54 Abs. 3 WG LSA als eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises zu werten sei. Entsprechend § 91 Abs. 1 KVG LSA erfüllen nicht die Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde sondern die Verbandsgemeinden selbst die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises.

Da die Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde Elbe-Heide die Beiträge bereits an die Unterhaltungsverbände für das Haushaltsjahr 2012 gezahlt hatten, wurden diese von der Verbandsgemeinde, aufgrund des o.g. Urteils, an die Mitgliedsgemeinden erstattet. Eine Erhebung der Umlegungsbeiträge durch die Verbandsgemeinde konnte jedoch im Haushaltsjahr 2012 nicht mehr realisiert werden, sodass dieser genannte Soll-Fehlbetrag in der Jahresrechnung ausgewiesen wurde.

Ausweisung von Kassenresten (Seite 12)

Die Feststellung auf Seite 12 bezieht sich auf die Einhaltung der rechtlichen Vorschrift in § 43 Abs. 1 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) bezüglich der sog. Rechnungsabgrenzung. Hierbei ist zu beachten, dass Soll-Ausgaben in dem Haushaltsjahr auszuweisen sind, sofern sie bis zum Ende des Haushaltsjahres fällig sind.

Im Hinblick auf die genannten Einzelbeträge, deren Anordnung im Haushaltsjahr 2012 erfolgte obgleich die Fälligkeit im Jahr 2013 lag, wurde dieser rechtliche Aspekt nicht berücksichtigt. Eine entsprechende Auswertung der Problematik erfolgte mit den zuständigen Mitarbeitern und wird zukünftig Beachtung finden.

Verwahrkonten (Seite 13)

Die auf Seite 13 genannten Verwahrbestände zum Jahresabschluss 2012 im Bereich der Spenden, der eingesparten Mittel der sozialen Bürgerinitiative sowie der Überschüsse des Bundesfreiwilligendienstes wurden wie im Haushaltsjahr 2011 auf entsprechenden Verwahrkonten vorgehalten. Da diese Gelder gemäß § 31 Abs. 2 GemHVO nicht mittels Verwahrkonten vorgehalten werden dürfen sondern durch entsprechende Rotabsetzung in das Folgejahr zu übernehmen sind, wurde bereits mit der Prüfung der Jahresrechnung 2011 durch die Rechnungsprüfung angemerkt.

Die Verfahrensweise wird im entsprechenden Fachamt abermals besprochen. Diesbezüglich ist jedoch anzumerken, dass bei der praktischen Umsetzung dieser Verfahrensweise die Übersichtlichkeit bei den kassenmäßigen Abschlüssen verloren geht.

Zweckbindung (Seite 14)

Bei der auf Seite 14 genannten zweckgebundenen Einnahme auf der Haushaltsstelle 13000.17200 handelte es sich um einen Zuschuss für die Jugendfeuerwehren. Die dort vereinnahmten Gelder sollten ausschließlich den Ausgaben der Jugendfeuerwehr dienen und fanden diesbezüglich entsprechende Verwendung. Den Hinweis über den nicht eindeutig formulierten Zweckbindungsvermerk wird die Verwaltung berücksichtigen und zukünftig beachten.

Deckungsfähigkeit (Seite 15-17)

Zum Zeitpunkt der Beantragung der üpl.A (Oktober 2012) von der Haushaltsstelle 02000.54300 zur Deckung von Ausgaben außerhalb des Deckungskreises ist davon ausgegangen worden, dass im Deckungskreis 0001 keine weiteren Kosten für das Haushaltsjahr anfallen. Aufgrund einer unerwarteten Betriebskostenabrechnung und einer damit verbundenen Nachzahlung für die Energieversorgung der Vorjahre, entstanden im Anschluss an die genehmigte üpl.A dennoch unerwartete Mehrkosten, die nunmehr durch eine üpl.A gedeckt werden mussten.

Die auf Seite 16 genannten fehlenden Sollübertragungen im Deckungskreis 0002 sind durch die Verwaltung zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr prüfbar. Es ist jedoch zu erwähnen, dass dieser Sachstand nicht zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses geführt hat. Bezüglich der weiteren Feststellungen in den Deckungskreisen 2 und 4 wird auf die Ausführungen zum Deckungskreis 1 verwiesen.

In Bezug auf die Feststellungen zu den Deckungskreisen 0041 (Personalkosten Grundschulen), 0042 (Personalkosten Kindertagesstätten) und 0043 (Schaffung Arbeitsgelegenheiten) ist anzumerken, dass zum Zeitpunkt des Entstehens der Deckungskreisüberschreitungen (Lohn- und Gehaltszahlungen zum Monatsende Dezember) eine fehlerhafte Systemeinstellung vorlag, die eine Deckungskreisüberschreitung ohne ein vorheriges üpl. Verfahren möglich machte. Die mangelhafte Systemeinstellung wurde jedoch nach Bekanntwerden behoben.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben (Seite 18-20)

Schwerpunktmäßig beziehen sich die Feststellungen zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben auf eine Vereinbarung zur Übernahme einer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem WWAZ zwischen der Verbandsgemeinde Elbe-Heide und der Gemeinde Loitsche-Heinrichsberg. Die noch ausstehenden Forderungen des WWAZ gegen die Verbandsgemeinde resultierten aus Vermögenseinsetzungsverträgen im Rahmen der Rückübertragung der Aufgaben im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinden Colbitz und Burgstall OT Dolle. Grundlage dieser Übernahmevereinbarung war die Verbesserung des Zinssatzes von 4,44 % auf 3,21 %, wodurch dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung getragen wurde.

Neben dem günstigen Zinssatz für die Verbandsgemeinde konnte die Gemeinde Loitsche-Heinrichsberg, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt, durch diese Vereinbarung höhere Guthabenzinsen erzielen. Im Hinblick auf diese Win-win-Situation wurde das Erfordernis zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes hierbei nicht gesehen. Die Verbindlichkeit wird voraussichtlich zum 01.09.2019 vollständig getilgt sein.

Die weiteren Feststellungen bezüglich der ausgewiesenen Ansatzüberschreitungen ohne die Einholung der entsprechenden Zustimmung resultieren in erster Linie aus vorgenommenen Korrekturbuchungen in Vorbereitung der Erstellung des Jahresabschlusses.

Weiterhin wurde festgestellt, dass teilweise eine sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit als Voraussetzung für eine üpl.A bzw. apl.A aus den Anträgen nicht eindeutig abzuleiten waren. Ebenso bestand in einigen Fällen bereits vor der Antragstellung eine entsprechende Zahlungsverpflichtung.

Auf die Prüfung der erforderlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer üpl.A bzw. apl.A wurden die mittelbewirtschaftenden Ämter nochmals eindringlich hingewiesen.

Im Prüfbericht wird auf Seite 20 weiterhin angemerkt, dass außerplanmäßige Ausgaben im Vermögenshaushalt durch Einsparungen im Verwaltungshaushalt gedeckt wurden. Nach Ansicht der Prüferin wird damit gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen.

Nach erneuter rechtlicher Würdigung durch das Fachamt ist aus Sicht der Verwaltung jedoch kein Gesetzesverstoß zu erkennen. Vielmehr erlaubt der Gesetzgeber Ausgaben im Vermögenshaushalt durch Minderausgaben im Verwaltungshaushalt decken zu können (§ 18 Abs. 5 GemHVO)

Rücklagenentwicklung (Seite 21)

Im Rahmen der Prüfung bezüglich der Rücklagenentwicklung zum Ende des Haushaltsjahres 2012 stellt das RPA auf Seite 21 des Berichtes fest, dass der gemäß § 20 Abs. 2 GemHVO vorzuhaltende Sockelbetrag bei der allgemeinen Rücklage (1% der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der letzten drei zurückliegenden Jahre) nicht mehr vorhanden war. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zum Rechnungsergebnis auf Seite 1 dieser Stellungnahme verwiesen. Mit der vollständigen Auflösung der Rücklage wurde der entstandene Fehlbetrag entsprechend gemindert. Weiterhin ist anzumerken, dass mit Einführung der doppelten Haushaltsführung für die Verbandsgemeinde ab dem 1. Januar 2013 die kamerale Rücklage ohnehin entbehrlich wurde.

Ablösung von Zahlungsverpflichtungen Dolle und Colbitz (Seite 22)

Mit Inkrafttreten des Verbandsgemeindegengesetzes zum 01. Januar 2010 wurde unter anderem auch die Betreuung bzw. Bewirtschaftung der kommunalen Abwasseranlagen auf die Verbandsgemeinde übertragen. Somit waren auch die im Vorfeld entstandenen Verluste des WWAZ über den Verbandsgemeindehaushalt, im Rahmen der abgeschlossenen Stundungsvereinbarungen, zu begleichen. Neben den Zahlungsverpflichtungen zum Verlustausgleich waren durch die Gemeinde Colbitz, auf der Grundlage des abgeschlossenen Vermögensauseinandersetzungsvertrages, Zahlungen für die rückübertragenden Vermögensgegenstände (Regenleitungsnetz) zu leisten. Die jeweiligen prozentualen Anteile wurden dabei für die Verbandsgemeinde mit 52,4% und für die Gemeinde Colbitz mit 47,6 % ausgewiesen.

Nach nochmaliger Prüfung der prozentualen Zuordnung konnten keine Verfahrensfehler festgestellt werden.

Die auf Seite 23 vorgebrachte Feststellung wurde im Rahmen dieser Stellungnahme bereits ausführlich erörtert.

Teil 2: Technische Prüfung 2012

Zuwendung Hausarzt Colbitz (Seite 8)

Der Verbleib des Anordnungsbeleges kann trotz intensiver Nachforschungen nicht mehr nachvollzogen werden. Ein korrekter Zahlungsfluss der Zuwendung ist jedoch über Auszüge aus dem Kassenprogramm jeder Zeit zu belegen.

Das Fehlen von weiteren Unterlagen (Zuwendungsbescheid) kann in diesem Zusammenhang nicht bestätigt werden. Diese waren entsprechend der Geschäftsverteilung im Bereich Wirtschaftsförderung abgelegt und jeder Zeit einzusehen.

Zu den weiteren Feststellungen des RPA im Rahmen der Technischen Prüfung für das Haushaltsjahr 2012 wurden durch die jeweils zuständigen Fachämter gesonderte Stellungnahmen erarbeitet. Diese sind als Anhang beigefügt.

Schlussbemerkung:

Im Rahmen der Schlussbemerkungen in den vorliegenden Prüfberichten des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises wird zusammenfassend festgestellt, dass in den geprüften Sachverhalten nach den Gesetzen und unter Beachtung der maßgeblichen Verwaltungsvorschriften entschieden und gehandelt wurde.

Verbandsgemeinde Elbe-Heide

Alle weiteren Bemerkungen und Hinweise, welche keine schriftliche Stellungnahme erfordern, wurden ausgewertet und finden in der künftigen Arbeit entsprechende Beachtung. Gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA entscheidet der Verbandsgemeinderat mit der Bestätigung der Jahresrechnung auch über die Entlastung des Verbandsgemeindebürgermeisters. Wird die Entlastung verweigert bzw. mit Einschränkungen ausgesprochen, sind dafür entsprechende Gründe anzugeben.

Schmette
Verbandsgemeindebürgermeister